

**Basler Dialog zu Gaza**

Ein Palästinenser und ein Jude debattieren. > 16

**Rekordpreise im Kino**

Filme wie «Transformers» kosten immer mehr. > 24

**Charles Lewinsky**

Vorabdruck aus dem neuen Buch des Autors. > 41

Natürlich ein...



**HÜSLER NEST**

Das original Schweizer Naturbett.

# Schweiz am Sonntag

17. August 2014 | Ausgabe Aargau | www.schweizamsonntag.ch

**Das Ozonloch verschwindet wieder**

ES WAR IN DEN 90ER-JAHREN eine der grössten Ängste der Menschen: das Ozonloch. Medien und Politiker warnten vor Gefahren wie Hautkrebs und Ernteaussfällen. Jetzt sagt Thomas Peter, ETH-Professor für Klimawissenschaft über einen neuen Bericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO): «Der Bericht bestärkt uns in der Erkenntnis, dass sich das Ozonloch in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich verkleinert.»

Peter hat an dem 500-seitigen Dokument zusammen mit 299 anderen Wissenschaftlern mitgearbeitet. Messungen etwa am Jungfraujoch haben ergeben, dass die Konzentration der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) in der Luft seit rund zehn Jahren konstant abnimmt. War also alles nur Panikmache? Blaise Horisberger vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) verneint: «Die Gefahr war sehr real. Sie konnte aber durch eine erfolgreiche internationale Kooperation abgewendet werden.» (RAS/AKA)

> SEITE 7

**Brutaler Mörder nachträglich verwahrt**

SEIT MEHR ALS 20 JAHREN sitzt der 52-jährige Hilfgärtner Werner K. hinter Gittern. 1990 zerstückelte er die Leiche einer 25-jährigen und schnitt einem Mann die Kehle durch. Eigentlich hätte er seine Strafe 2011 abgesessen. Doch die Zürcher Staatsanwaltschaft beantragte die nachträgliche Verwahrung für den Mörder, da sie ihn als stark rückfallgefährdet bezeichnet. Jetzt zeigen Recherchen: Das Zürcher Obergericht entschied Mitte Juli, dass die nachträgliche Verwahrung rechtens ist. Doch damit ist der Justizkrimi noch nicht zu Ende.

Sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch der Verteidiger Lorenz Erni gehen davon aus, dass der Fall schlussendlich von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg entschieden wird. Es geht um den Grundsatzentscheid, ob man einen Täter nachträglich verwahren kann. (BKR)

> SEITE 9

## Einheitskasse vernichtet 2250 Arbeitsplätze

Mitarbeiter in den Agenturen verlieren ihre Stelle – Umfrage zeigt, dass Initiative wenig Chancen hat

VON PETER BURKHARDT

**N**ehmen die Stimmberechtigten am 28. September die Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» an, bedeutet das für mehrere tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bestehenden 67 Kassen den Jobverlust. Ein Gutachten der Initianten räumt ein, dass der Systemwechsel mindestens 2250 Stellen kostet. Betroffen sind Mitarbeiter in Vertrieb

und Marketing sowie im Management. Dank den Grössenvorteilen, welche eine einzige Kasse ausspielen könnte, seien weitergehende Personaleinsparungen denkbar. Andererseits gebe es möglicherweise einen positiven Beschäftigungseffekt in anderen Branchen, falls die Versicherten die eingesparten Prämien im Inland ausgeben würden.

Ein Gutachten im Auftrag des gegnerischen Komitees geht sogar davon aus, dass alle rund 2800 Vollzeitstellen bei den Kassenagenturen wegfallen würden.

Das Initiativkomitee und die Gewerkschaften VPOD und Unia, welche die Einheitskasse unterstützen, halten den Stellenabbau für vertretbar. Mitinitiantin und SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr sagt, es gehe um Stellen, «die für die Gesundheit unnötig sind». Da der Umbau zur Einheitskasse zehn Jahre dauere, komme es aber mit grosser Sicherheit nicht zu Entlassungen. Wegfallen würden Stellen «im lästigen Telefonmarketing und in der Werbung», sagt VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz.

Eineinhalb Monate vor der Abstimmung zeigt eine geheime, repräsentative Umfrage im Auftrag des gegnerischen Komitees Alliance Santé, dass es die Initiative bei den Stimmberechtigten schwer haben wird. Bei der letzten Befragung von Anfang Juli ist der Ja-Anteil erstmals unter 50 Prozent gesunken. Der Nein-Anteil steigt kontinuierlich. Normalerweise werden Initiativen abgelehnt, die zwei Monate vor einer Abstimmung nicht mehr als 60 Prozent Zustimmung haben.

> SEITEN 2/3 UND 13



**Die nächste EM-Medaille?**

Heute um 9 Uhr startet Viktor Röhlin am Zürcher Bürkliplatz zum EM-Marathon und peilt für die Schweiz nach Kariem Hussein's Goldlauf die nächste Medaille an. Nach 17 Uhr haben auch die Männer- und Frauen-Staffeln (4x100) gute Medaillen-Chancen. > SEITE 31

## Nationalrat Geri Müller: Nackt-Selfies im Stadthaus

Der Stadtmann von Baden kommt wegen Sex-Chats am Arbeitsplatz unter Druck

VON PATRIK MÜLLER

Der Aargauer Grünen-Nationalrat und Stadtmann von Baden, Geri Müller, hat in Amtsräumen der Stadt Baden Nacktaufnahmen von sich gemacht und diese seiner damaligen Geliebten geschickt. Teilweise während der Arbeitszeit. Dazu textete er auf Whatsapp an einem Februartag 2014 um 12.25 Uhr: «Die Sekretärin ist weg.» Wenn sie ins Büro reinkommen würde, würde er sie

fragen, «ob sie sich bedienen will». Es kam noch zu weit heikleren Aussagen in dem Chat, dessen Protokoll der «Schweiz am Sonntag» ebenso vorliegt wie die Selfies. Auch aus dem Nationalratssaal schickte der Politiker seiner damaligen Geliebten fragwürdiges Bildmaterial.

**DIE FRAU ERHEBT** nun schwere Vorwürfe gegen den Politiker: Er habe sie nach Beendigung der Affäre unter Druck gesetzt, den Sex-Chat zu löschen und das

Handy abzugeben. Als sie sich geweigert habe, habe er ihr gesagt: «Die Chance ist gross, dass du es bald nicht mehr hast.» Für diese Aussage, welche die Frau als Drohung verstand, gibt es einen Beweis.

Am vergangenen Mittwochabend griff die Stadtpolizei Baden die Frau auf – Auslöser der Intervention war Geri Müller. Die Frau vermutet, dass Müller auf diese Weise das Handy beschlagnahmen lassen wollte. Der Politiker wollte sich dazu nicht äussern. > SEITE 5

## Blocher hält schon die nächste Initiative bereit

SVP will Bruch mit der Personenfreizügigkeit erzwingen

VON OTHMAR VON MATT UND ALAN CASSIDY

Diese Woche hat die SVP eine Volksinitiative lanciert, mit der sie die Geltung des Völkerrechts einschränken will – und nun droht Christoph Blocher bereits mit der nächsten Initiative. Falls die EU nicht mit der Schweiz über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln wolle oder die Schweizer Behörden die angenommene Masseneinwanderungsinitiative nicht umsetzen wollten, werde die SVP aktiv. «Wir haben ein Initiativprojekt in der Schub-

lade, um die Freizügigkeit zu kündigen», sagt Blocher im Interview. «Das ist ein vorbehaltener Beschluss, falls die Zuwanderungsinitiative hintertrieben wird.» Die Schweiz habe die Personenfreizügigkeit nie gebraucht, und auch die Bilateralen würden überschätzt: «Es sind nicht diese Verträge, die zum Schweizer Wohlstand geführt haben.»

> SEITEN 11/12

